

Der Sound der Regression

Grüne und linke Heimattümmelei. Heute kann man sich kaum noch retten vor Aussagen, die Heimat anpreisen als provinzielle Kuschelzone, die angeblich jeder Mensch brauche, und als Liebe zur nationalen Identität, derer wir angeblich bedürfen. Der Verfassungspatriotismus als ideologischer Kitt genügt wohl nicht mehr. Gefragt sind Drogen aus dem Arsenal des völkischen Nationalismus. Von Peter Bierl.

„Wir lieben dieses Land. Das ist unsere Heimat. Diese Heimat spaltet man nicht. Für diese Heimat werden wir kämpfen.“ Mit diesen Sätzen löste Katrin Göring-Eckardt, damals Vorsitzende der Grünen, unmittelbar nach der Bundestagswahl im Oktober 2017 eine öffentliche Debatte aus. Die Jugendorganisation und ein paar versprengte Parteilinke empörten sich über dieses martialische Bekenntnis, aber es kam auch Unterstützung, etwa von ihrem Ko-Vorsitzenden Cem Özdemir. Er betonte, man dürfe den Begriff nicht den Nationalisten überlassen.

Der damalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) verwahrte sich in dieser Debatte dagegen, eine Sehnsucht nach Heimat und Leitkultur als rechts abzuqualifizieren. Eineinhalb Jahre später empfahl er die Koalition der SPÖ mit der FPÖ im österreichischen Burgenland und den Abschottungskurs seiner dänischen Parteifreunde gegen Migrant*innen als vorbildliche Strategie. Aus den Reihen der Linkspartei griffen Alexander Fischer, Staatssekretär für Arbeit und Soziales in Berlin, und Benjamin-Immanuel Hoff, Chef der Staatskanzlei in Thüringen, in die Debatte ein. In Springers rechtem Kampfblatt *Die Welt* plädierten sie für einen Heimat- und Sicherheitsbegriff, der dem Lebensgefühl der Ostdeutschen entgegenkommen solle, die sich in der Bundesrepublik nicht heimisch fühlten. Die Osis mussten herhalten, um eine zutiefst affirmative und unkritische, mindestens aber undifferenzierte Haltung zu legitimieren.

Auch im *Neuen Deutschland* wurde über Heimat gestritten und Bodo Ramelow, der linke Ministerpräsident von Thüringen, legte ein Bekenntnis zur Heimat ab, die er sich „von keinem Nazi wegnehmen“ lasse. Zwar verwahrte sich der Ministerpräsident dagegen,

den Begriff zu politisieren, allerdings definierte er Heimat ähnlich wie zuvor Fischer und Hoff als Schutzraum, ohne zu sagen, wer denn vor wem geschützt werden soll. Es sei ein Fehler, den Begriff zu skandalisieren und aufzugeben, meinte Ramelow. Darum unterstütze er ein „breit angelegtes Brauchtum in Thüringen“, also den Nährboden, auf dem auch Neonaziorganisationen wie der *Thüringer Heimat-schutz* gedeihen können.

***Den Begriff Heimat lasse er sich
„von keinem Nazi wegnehmen“***

So ziemlich alle Abgründe der Heimattümmelei kamen dann in einem Beitrag von Jakob Augstein zum Vorschein. Der Verleger und Chefredakteur der linken Wochenzeitung *Der Freitag* meldete sich mit der Legende zu Wort, die Nazis hätten „uns“ die Heimat kaputtgemacht. Der Streit zeige einmal mehr, dass Deutschland „immer noch nicht ganz normal“ sei, denn das setze voraus, dass es trotz seiner Vergangenheit „nicht anders angesehen wird als andere Länder, sich nicht anders verhält und sich nicht anders anfühlt“. Schließlich forderte er, den Heimatbegriff nicht den Rechten zu überlassen, die nur so viel Auftrieb hätten, weil die Grünen respektive die „kulturell fortschrittlichen Eliten“ sich von der sozialen Frage abgewandt und sexuellen und kulturellen Minderheiten zugewandt hätten. Sie seien Verbündete des Konzernkapitals, denn wer von offenen Grenzen

spreche, klinge zwar wie „ein ganz süßer Kuschelhumanist“, vertrete aber ein zentrales Anliegen der Banken und Konzerne.

Diese Tirade Augsteins ähnelt der Agitation der Neuen Rechten gegen einen „globalen Elitismus“. Für manchen mag es besser klingen, aber was er fordert, würden ordinäre Nazis ungefähr so ausdrücken: Keine

Zurecht war der Heimatbegriff in den 1960er- und 1970er-Jahren verpönt

„Umvolkung“ und Schlusstrich unter die deutsche Vergangenheit. Bei Augstein kommt der neue Heimatschutz ganz zu sich selbst. Seine Aufnahme in die Top Ten des internationalen Antisemitismus durch das Simon-Wiesenthal-Zentrum vor einigen Jahren war wohlverdient.

Heimat-Geschichte

Liberalen und linken Heimatfreund*innen wie Augstein verbreiten gern die Verschwörungstheorie, die Nazis hätten den Begriff missbraucht. Davon kann keine Rede sein. Dichter und Denker der Romantik in Deutschland prägten den Begriff um 1800 als sentimentale Komponente eines völkischen Nationalismus, der die Massen mobilisieren sollte: gegen Aufklärung und Revolution sowie gegen die Emanzipation der Juden, also ihre rechtliche Gleichstellung nach Jahrhunderten der Ausgrenzung. Diese deutsche Ideologie basierte auf der paranoiden Vorstellung von Überfremdung und Zersetzung. Die Liebe zur Heimat, zur Scholle, sollte die Liebe zum deutschen Volkstum, zum starken Obrigkeitsstaat fördern. Die Heimatschutzbewegung, die im Wilhelminischen Kaiserreich entstand, war dieser Geisteshaltung verpflichtet. Ihre maßgeblichen Vertreter begründeten später Hitlers Autobahnen und entwarfen Landschaftspläne zur Germanisierung von „Lebensraum“ im Osten.

Zurecht war der Heimatbegriff in den 1960er- und 1970er-Jahren verpönt, wenigstens in aufgeklärten Kreisen und Teilen der Linken. Das änderte sich als die Illusion sich verflüchtigte, die Weltrevolution stünde kurz bevor, und mit dem damit verbundenen „Abschied vom Proletariat“. Eine wichtige Etappe dorthin war die Glorifizierung des Regionalismus und der Provinz als vermeintlich revolutionärer Kraft.

Während Henning Eichberg, Vordenker der sogenannten Neuen Rechten, den Begriff des Ethnopluralismus prägte, entdeckte Rudi Dutschke, die Ikone der APO, die nationale Frage. Eine der Schnittmengen zwischen links und rechts war die deplatzierte Vorstellung, die Bundesrepublik, längst eine Führungsmacht in Westeuropa, sei eine amerikanische Kolonie, die durch Hollywoodfilme und Rockmusik überfremdet würde.

Im Jahr 2000 veranstaltete die PDS einen Parteitag unter dem Motto „Dass ein gutes Deutschland blühe“, nach dem Refrain der Brecht'schen Kinderhymne, und Gabriele Zimmer verkündete nach der Wahl zur Parteichefin: „Ich liebe Deutschland. Ich liebe meine Heimat.“ Das sorgte für Aufregung, aber Zimmer bewegte sich in der Tradition des Marxismus-Leninismus, der Volk und Nation als Grundlage des Sozialismus betonte und für die nationale Selbstbestimmung eintrat. Die antinationale Position einer Rosa Luxemburg war unter Kommunist*innen und Sozialist*innen stets randständig.

Auch die Grünen konnten der Versuchung nicht widerstehen. 2009 organisierte Göring-Eckardt eine erste Heimatkonferenz der Bundestagsfraktion. Im gleichen Jahr erklärte der kulturpolitische Sprecher der bayerischen Landtagsfraktion, Sepp Dürr, in einer Grundsatzrede: „Wir Grünen sind der politische Kern einer neuen Heimatbewegung“. 2011 und 2016 veranstaltete die Landtagsfraktion Heimatkongresse, auf denen sich die Redner*innen um eine positive, nicht ausgrenzende Begriffsbesetzung mühten. Dabei wiederholte Dürr die Legende vom Missbrauch des Heimatbegriffs durch den Nationalsozialismus, aber auch durch die CSU. Göring-Eckardt bezog sich im Jahr 2018 sogar positiv auf die olivbraune Frühgeschichte ihrer Partei: „Ich denke, die Grünen waren und sind seit ihren Anfängen nichts anderes als eine progressive, wenn nicht die progressivste Heimatbewegung.“

Was gerne vergessen wird: In ihren Anfängen waren die Grünen von rechten Gruppen dominiert. Zu den großen Zampanos zählte Herbert Gruhl, ein Sozialdarwinist und Rassist, der wie Björn Höcke geschlossene Grenzen forderte und eine vermeintliche Überbevölkerung des globalen Südens beklagte. Eine zentrale Rolle spielte auch Werner Georg Haverbeck, der einst den *NS-Reichsbund Volkstum und Heimat* leitete. In dem von ihm und seiner Frau Ursula Wetzel-Haverbeck geleiteten *Collegium Humanum* fanden etliche Treffen der Grünen statt.

Heimat-Milieus

Für die aktuelle linke und grüne Heimat- und Vaterlandsliebe gibt es verschiedene Motive, die sich nicht ausschließen, sondern ergänzen. Zunächst gibt es wahltaktische Überlegungen. Bei der Linken steht die Illusion im Vordergrund, man könnte zur AfD abgewanderte ostdeutsche Wähler*innen zurückgewinnen. Die Grünen müssen weitere Milieus erschließen, wenn sie Volkspartei werden wollen, nicht bloß die linksliberale, urbane, besserverdienende, akademische Mittelschicht. Notwendig ist in beiden Fällen der Anschluss an eine breite gesellschaftliche Mitte, die nun mal autoritär und wohlstandschauvinistisch tickt, so wie einschlägige soziologische Studien es zeigen.

Doch der Erfolg gibt den Grünen Recht, siehe Baden-Württemberg. Die provinzielle Orientierung von Ministerpräsident Winfried Kretschmann geht soweit, dass er niemals in einen Tesla steigen würde, wie er sagt, weil das ein fremder Hersteller ist. Er hoffe auf schwäbische Limousinen mit Elektroantrieb, schließlich sei er „Regierungschef eines Automobil-Landes“. Egal wie sich Kretschmann wirklich fortbewegt, die Aussage war ein politisches Signal für die heimische Autoindustrie im Zeichen von Abgasskandal und Klimawandel. Standortsicherung ist das Alpha und Omega grüner Regierungskunst in Stuttgart, einer Stadt, die bei Feinstaub und Stickstoffdioxid mit die höchsten Belastungen im ganzen Land aufweist.

Das leitet über zum zweiten Motiv. Die Heimat- und Vaterlandsliebe dient wie gehabt als ideologischer Kitt, in diesem Fall als Ersatz für Reformpolitik. In Nordrhein-Westfalen winkten die Grünen als Koalitionspartner der SPD den weiteren Braunkohleabbau im Hambacher Forst durch, ebenso wie die Linke in Brandenburg den Abbau in der Lausitz. Die Grünen in Hessen wollten keinen Untersuchungsausschuss zur Aufklärung der NSU-Morde, um ihren Bündnispartner CDU zu schonen. Die Linkspartei in Brandenburg trug ein neues Polizeiaufgabengesetz mit, was Proteste aus anderen Landesverbänden auslöste. In Hamburg hatten die Grünen im Wahlkampf einst gegen „Kohle von Beust“ plakatiert, um dann 2008 in einer schwarz-grünen Koalition unter Bürgermeister Ole von Beust (CDU) ein Kohlekraftwerk zu genehmigen.

Der Verratsvorwurf mag im Einzelfall berechtigt sein, wenn aus mehr oder weniger radikalen Aktivist*innen Herrschaftspersonal geworden ist. Aber das Problem ist, es hat System, wie die Geschichte linker Parteien seit rund 120 Jahren illustriert. Grüne wie Linkspartei sind keine Fundamentalopposition im Sinne von Rosa

Luxemburg, stattdessen sichern sie als Regierungsparteien die Kapitalverwertung. Schon deshalb, weil die finanzielle Basis staatlichen Handelns an deren Gelingen hängt. Auf Bundesebene müssten und würden sie alles tun, damit Deutschland in der Konkurrenz der Staaten erfolgreich mitmischen kann. Die Grünen haben das mit dem Krieg gegen Jugoslawien, Rüstungsexporten und Hartz IV schon bewiesen. Als Regierungsparteien setzen beide nicht einmal ein echtes soziales und ökologisches Reformprojekt durch, das sie ständig versprechen.

Heimat-Sound

Im Bundesrat unterstützte Kretschmann Verschärfungen des Asylrechts. Die Abschiebungen aus dem grün-schwarz regierten Ländle wurden vom dortigen Flüchtlingsrat scharf kritisiert. Die Ansprachen des grünen Oberbürgermeisters Boris Palmer aus Tübingen

Als politischer Begriff ist Heimat deshalb gefährlich

gen über Flüchtlinge sind fast AfD-kompatibel. Das Pendant in der Linkspartei waren immer wieder Auslassungen von Sarah Wagenknecht. Das verweist auf das dritte Motiv. Der Rechtsruck hat die linken Parteien, links im Sinn von linksliberal (Grüne) und sozialdemokratisch (Die Linke), längst erfasst. Der neue Heimatsound ist Ausdruck von Regression und innerer Überzeugung. Nach dem Faible für Regionalismus und Heimat ist die dritte Stufe erreicht: Die Protagonist*innen identifizieren Heimat mit Nation. Und sie beschuldigen im Einklang mit den Medien die faschistische Rechte, das Land zu spalten. Damit haben sie sich auf ein grundlegendes rechtes Framing eingelassen.

Bereits 2010 warb Robert Habeck für einen linken Patriotismus, verbunden mit einem Bekenntnis zu Staat und Kapitalismus. Er pries die Marktwirtschaft als effizientestes Mittel gegen den Klimawandel an. Dagegen sei Sozialismus Sozialromantik, regressives Wunschdenken. Seitdem wurde er als Kandidat für höhere Ämter gehandelt, möglicherweise ist Habeck demnächst Kanzlerkandidat. Bedenklich ist auch die Beliebtheit des Begriffs Gemeinwohl in linken und

grünen Kreisen, etwa in Gestalt einer Gemeinwohl-ökonomie, einem Kapitalismus mit fairer ökologischer und sozialer Buchhaltung. Denn die Parole „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ stammt ursprünglich von den Nationalsozialisten. Damit sollten alle Volksgenossen für eine Leistungsgesellschaft mobilisiert werden, die sozialen Ausgleich versprach, ohne dabei die Struktur von Kapital und Lohnarbeit anzutasten.

Von Peter Bierl
erscheint demnächst
„Keine Heimat
nirgendwo“ (Edition
Critic). Zuletzt hat er
die Bücher „Einma-
leins der Kapitalis-
muskritik“ (Unrast-
Verlag 2018) und
„Grüne Braune:
Umwelt-, Tier- und
Heimatschutz von
rechts“ (Unrast-Ver-
lag 2014) veröffent-
licht

Wenn Göring-Eckardt fordert, die Heimat – natürlich identisch mit dem Land – dürfe nicht gespalten werden, ist das Realitätsverweigerung oder Schlimmeres. Wenn Habeck von Gemeinwohl und Gemeinschaft schwärmt, läuft es mir kalt über den Rücken. „Sich für die Gemeinschaft einzusetzen, das ist für mich links und patriotisch“, lautet seine Definition. Diese Gesellschaft besteht immer noch aus Kapitaleigentümern und Lohnabhängigen und sie ist nach wie vor patriarchal und rassistisch geprägt. Gemeinwohl und Gemeinschaft kann es nur als Illusion und Propaganda geben, als Zwang und als Integration eines Teils der Subalternen, auch durch Teilhabe an der Beute eines starken nationalen Kapitals – aber immer auf Kosten ausgeschlossener Gruppen.

Soziale Widersprüche, Herrschaftsverhältnisse und Klassengegensätze verschwinden im Heimatbegriff, sie werden unsichtbar und stattdessen wird eine Gemeinschaft konstruiert, die so nicht existiert. Als politischer Begriff ist Heimat deshalb gefährlich. Genauso wie Region, Patriotismus und Nation. Alle diese Begriffe sind identitär und ethnisieren soziale Widersprüche. Die Frage der Zugehörigkeit, nach Ein- und Ausgrenzung, bleibt aber im Raum und wird früher oder später beantwortet.